

PAKISTAN

Christen mit Behinderung droht Todesstrafe

Zum „Gefangenen des Monats Juni 2021“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den pakistanischen Christen Stephen Mughal Masih benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den von der Todesstrafe bedrohten 40-jährigen einzusetzen. Stephen Masih wurde am 11. März 2019 in der Umgebung der Stadt Sialkot im Nordosten der Provinz Punjab wegen angeblicher Blasphemie (Gotteslästerung) festgenommen. Der Festnahme war eine Anzeige nach einem langjährigen Streit zwischen zwei muslimischen Nachbarn und seiner Familie vorausgegangen.

Einer der Nachbarn drang an dem Tag in das Haus der Familie ein und schlug Stephen Masih. Der Nachbar beschwerte sich, von draußen gehört zu haben, wie Masih laut und abschätzig über den islamischen Propheten Mohammed geschimpft habe, ein Verstoß gegen das Blasphemiegesetz 295 C. Dieser

Appellbrief

Herrn Staatspräsidenten Arif Alvi
c/o Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
Schaperstraße 29
10719 Berlin

Fax: 030-21244210

Exzellenz,

ich wende mich heute wegen des pakistanischen Staatsbürgers Stephen Masih aus der Umgebung der Stadt Sialkot im Punjab an Sie. Obwohl dem 40-jährigen Christen eine geistige Behinderung attestiert wurde, wird ihm ein wissentlicher Verstoß gegen Paragraph 295 Abschnitt C des pakistanischen Strafgesetzbuchs, also Blasphemie, vorgeworfen. Er wurde am 11. März 2019 festgenommen, nachdem bereits eine aufgebrachte Menge ihn und seine Familie in ihrem Haus angegriffen hatte. Ein Nachbar, mit dem sie sich seit Jahren im Streit befanden, erhob die schweren Vorwürfe. Vor dem Haus habe er Stephen Masih gehört, wie dieser drinnen laut und abschätzig über den Propheten Mohammed sprach.

Es gibt eher Grund zur Annahme, dass es nur vordergründig um die Forderung nach Respekt vor dem Islam ging. Vielmehr sollte wohl ein Exempel statuiert werden. Daher bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, auf die Freilassung des Inhaftierten hinzuwirken und für seine Sicherheit sowie die der Angehörigen zu sorgen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: TVS

Rechtsanwälte der Organisation „The Voice Society“ mit dem Bruder von Stephen Masih, der für die Familie sorgen muss.

hat jedoch eine geistige Behinderung und ist nicht in der Lage, die Vorwürfe zu verstehen. Der zweite muslimische Nachbar kam hinzu und stachelte Gewaltbereite an, den Beschuldigten und seine Familie brutal zu attackieren, bevor schließlich die Polizei hinzukam. Die kranke Mutter und elf weitere Familienangehörige mussten danach untertauchen und Stephens Bruder Francis verlor seinen Job und ist nun ohne Einkommen. Stephen Masih wird weiterhin im Distriktgefängnis festgehalten.

Minderheiten im Fadenkreuz der Fanatiker

Von Michaela Koller

Das gesellschaftliche Klima in Pakistan wird für religiöse Minderheiten wie die Christen zunehmend schärfer und kälter. Islamisten gewinnen enorm an Zulauf. Schon seit längerem stehen die drakonischen Blasphemiegesetze, durch die unverhältnismäßig viele Angehörige von Minderheiten unter Druck geraten, im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Pakistan. Treibende Kraft ihrer Aufrechterhaltung ist die radikal-islamische Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan

(TLP). Sie entstand nach dem 29. Februar 2016 unter den Anhängern von Mumtaz Qadri, des Mörders des Gouverneurs der Provinz Punjab, Salman Taseer. Qadri, der an dem Tag hingerichtet wurde, war zunächst Leibwächter des Politikers. Er radikalisierte sich und erschoss seinen Chef, weil dieser sich für die Freilassung der unschuldig wegen Blasphemie inhaftierten Christin Asia Bibi eingesetzt hatte. Nach deren Freispruch durch das Höchste Gericht legten TLP-Anhänger drei Tage lang mit ihren Protesten das öffentliche Leben im Land lahm. Der Gründer der Bewe-

gung, der Islamgelehrte Khadim Hussain Rizvi, erlag am 19. November vorigen Jahres einer Infektion mit Symptomen wie bei COVID-19. Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen Menschen in Pakistan betrauernten öffentlich den Tod des obersten Verfechters der Blasphemiegesetze. Nun kam sein Sohn Saad Hussain Rizvi ans Ruder, der jedoch am 12. April verhaftet wurde. Die Anhänger seiner Partei blockierten binnen einer Stunde nach Bekanntgabe der Festnahme die Autobahn zwischen der Provinzhauptstadt Lahore und der Hauptstadt Islamabad. Die Angst, die Angehörige

von Minderheiten an solchen Tagen in dem Land ergreift, in dem es häufig zu Mobgewalt kommt, ist hierzulande kaum vorstellbar. Unglaublich großen Mut müssen Menschenrechtsanwälte aufbringen, die solche unschuldig Verfolgten wie Asia Bibi verteidigen. Es ist sehr verständlich, dass viele Christen unter diesem Druck das Land verlassen und versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Aufgrund der Auswanderung sinkt ihr Anteil an der Bevölkerung.

Die fanatischen Befürworter der Blasphemiegesetze machen zuweilen Jagd auf völlig hilflose Opfer, denen sie diese Vorwürfe anhängen; so kam es wiederholt bereits zu Anzeigen gegen Menschen mit Be-

hinderungen, wie im Fall des „Gefangenen des Monats“, des Christen Stephen Mughal Masih.

Unsere pakistanische Partnerorganisation „The Voice Society“ hat uns um Unterstützung für ihn gebeten. Sie bekam den Fall im vorigen Jahr herangetragen und setzt sich für Stephen Mughal Masih's Rechte als Mensch mit Behinderung ein.

Er ist verwandt mit dem 19-jährigen Asif Stephen, „Gefangener des Monats Februar 2018“, dessen Fall Ähnlichkeiten aufweist. Ein Lokalpolitiker führte einen Mob von rund 300 Beteiligten an, um den ebenfalls geistig Behinderten zu lynchen. Weltweit bekannt wurde die Causa Rimsha Ma-

sih vom August 2012. Das damals wohl erst elfjährige Mädchen mit Downsyndrom musste samt Familie in Kanada Zuflucht suchen, um nicht ermordet zu werden. Der Imam, der gegen sie Anzeige wegen Gotteslästerung erstattet hatte, räumte später ein, die Koranseiten eigenhändig verbrannt zu haben, um den Verdacht auf sie zu lenken. Er habe keine andere Möglichkeit gesehen, die Christen aus der Gegend zu vertreiben. Aus diesem Grund unterstützen Menschenrechtsorganisationen den Vorschlag, die Falschbezeichnung als eigenen Straftatbestand ins Gesetz aufzunehmen – oder diese drakonischen Gesetze am besten ganz abzuschaffen.

CHINA

Anhänger von Falun Gong nun auch in Hongkong unter Druck

Die Gleichschaltung Hongkongs schreitet voran. Waren es bis zuletzt Bürgerrechtler und Oppositionelle, die wegen ihres Einsatzes für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong verfolgt wurden, so hat die KP China nun begonnen, auch die buddhistisch orientierte Meditationsbewegung Falun Gong massiv unter Beschuss zu nehmen. Hubert Körper, Sprecher des Arbeitsausschuss China der IGFM befürchtet, dass der Falun-Gong-Bewegung in Hongkong ein ähnliches Schicksal bevorstehen könnte, wie den Anhängern in Festlandchina.

Am Morgen des 12. April 2021 zerstörten „Unbekannte“ die Hongkonger Druckerei der Falun Gong nahestehende Zeitung „Epoch Times“ in erheblichem Maße. Zunehmend häufiger werden Falun-Gong-Infostände attackiert und verwüstet. Ein politischer Zusammenhang wird von den Zuständigen der Hongkonger Behörden „nicht gesehen“. Die Täter seien angeblich Kriminelle.

Die jüngste Offensive gegen Falun Gong in Hongkong verübt zurzeit die älteste chi-



Demo von Falun Gong in Hongkong

nesischsprachige Zeitung Chinas, Ta Kung Pao, mit ihrem Hauptsitz in Peking und Hongkong – das Sprachrohr der Kommunistischen Partei. In einer Serie von acht Artikeln wird Falun Gong unter anderem zur Last gelegt, Recht und Ordnung in Hongkong zu ignorieren, Menschen zum Hass aufzustacheln, für Antikommunismus zu werben, die Gemeinschaft an allen Fronten zu infiltrieren und die Menschen in Hongkong zu „vergiften“. In einem der Beiträge wird die Hongkonger Regierung explizit dazu aufgefordert, Falun Gong zu verbieten.

Diese Vorgehensweise, über Parteiorgane bestimmte Gruppen der Bevölkerung zu

verleumden und Gerüchte zu verbreiten, erinnert an die Handlungsweise der Medien im Frühjahr 1999 in der Stadt Tianjin. Auch damals verbreiteten Chinas Parteizeitungen Unwahrheiten über Falun Gong und diskreditierten die Bewegung landesweit. Diese Medienberichterstattung sowie die Verhaftung einiger Falun-Gong-Praktizierender in Tianjin führte zu dem sogenannten „Zhongnanhai-Ereignis“, bei dem sich am 25. April 1999 etwa 10.000 Falun-Gong-Anhänger vor dem Zentralen Petitionsbüro in Peking schweigend auf den Bürgersteigen einfanden und meditierten, um sich über die willkürliche Verhaftung von Mitpraktizierenden in Tianjin friedlich zu beschweren.

Der damalige chinesische Premierminister Zhou Ringji versprach den Vertretern von Falun Gong, für die Freilassung der Inhaftierten zu sorgen und das Recht auf freie Ausübung ihrer Meditation zu garantieren. Niemand wusste allerdings, dass das Verbot und die Verfolgung von Falun Gong auf höchster Ebene schon beschlossene Sache war.

SAUDI-ARABIEN

Neue IGFM-Aktion

Der Blogger Raif Badawi setzte sich für Religionsfreiheit und einen ausgewogenen Säkularismus in seiner Heimat Saudi-Arabien ein. Deswegen wurde er 2012 verhaftet und 2013 wegen „Beleidigung des Islam“ zu zehn Jahren Haft und 1.000 Peitschenhieben verurteilt. Wie Raif Badawi sitzen weltweit Menschen hinter Gittern, weil sie von ihrem Recht auf



Meinungs-, Gewissens- oder Glaubensfreiheit Gebrauch machen. Je mehr Aufmerksamkeit diese Fälle in der freien Welt bekommen, desto größer ist die Chance, dass diese Menschen in ihrer Haft gut behandelt werden. Mit Porträts dieser Gefangenen auf Briefmarken will die IGFM den Eindruck verstärken, dass die inhaftierten Personen im Ausland hohes Ansehen genießen. Schreiben Sie Raif Badawi mit seinem Porträt als Briefmarke. Diese, seine Adresse und Textvorschläge bitte anfragen unter: religion@igfm.de.